Nr. 159 — 168. Jahrgang — Mittwoch, 10. Juli 1918

Der Gießener Anzeiger erscheint täglich, außer Sonntags. — Beilagen: Gießener Familienblätter; Kreisblatt für den Kreis Gießen. Bezugspreis: monatl. Mk. 1.20, vierteljährlich Mk. 3.60; durch Abhole- u. Zweigstellen monatl. Mk. 1.10; durch die Post Mk. 3.60 vierteljährl. ausschl. Bestellg. Fernsprech-Anschlüsse: für die Schriftleitung 112 Verlag, Geschäftsstelle 51 Anschrift für Drahtnachrichten: Anzeiger Gießen.

Gießener Anzeiger

General-Anzeiger für Oberhessen

Postscheckkonto: Frankfurt a. M. 11686 — Bankverkehr: Gewerbebank Gießen

Zwillingsrunddruck u. Verlag: Brühl'sche Univ.-Buch- u. Steindruckerei R. Lange. Schriftleitung, Geschäftsstelle u. Druckerei: Schulstr. 7.

Annahme von Anzeigen i. die Tagesnummer bis zum Nachmittag vorher ohne jede Verbindlichkeit. Zeilenpreise: für örtliche Anzeigen 25 Pf., für auswärtige 30 Pf., für Reklamen Mk. 1.—; bei Platzvorschrift 20 % Aufschlag. Hauptschriftleiter: Aug. Goes. Verantwortlich für Politik u. Feuilleton: Aug. Goes; Stadt und Land, Vermischtes u. Gerichtssaal: Th. Meyer; Anzeigenteil: H. Beck; sämtlich in Gießen.

Der Rücktritt des Staatssekretärs v. Kühlmann.

(WTB.) Großes Hauptquartier, 9. Juli. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Südlich des La Bassée-Kanals wurden mehrfach wiederholte Teilangriffe, auf dem Nordufer der Somme starke Vorstöße des Feindes abgewiesen. Der Artilleriekampf blieb in diesen Abschnitten lebhaft und er nahm am Abend beiderseits der Somme zeitweilig wieder große Stärke an.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Westlich von Autheuil, südwestlich von Noyon haben sich heute früh nach heftigem Feuer örtliche Angriffe des Feindes entwickelt. Am Wald von Villers Cotterets scheiterten Teilangriffe der Franzosen in unserem Kampfgelände.

*

Gestern wurden 18 feindliche Flugzeuge abgeschossen. Leutnant Billik errang seinen 23. und 24., Leutnant Friedrich seinen 21. Luftsieg.

Der Erste Generalquartiermeister
Ludendorff.

*

Der Abendbericht.

Berlin, 9. Juli. (WTB. Amtlich.) Südwestlich Noyon wurden französische Teilangriffe abgewiesen.

Oertlich erfolgreiche Kämpfe westlich Château-Thierry.

Der Rücktritt des Staatssekretärs v. Kühlmann hat zunächst nur in einigen unmaßgeblichen Kreisen und Zeitungen der Reichstagsmehrheit eine krisenhafte Aufregung hervorgerufen. Wie die Lage in den richtunggebenden Instanzen der in Frage kommenden Parteien beurteilt wird, kann man noch gar nicht erkennen. Eine gewisse Gefahr, daß manche Mehrheitskreise wieder auf der Unterzeichnung eines bindenden Vertrages bestehen werden, ist vorhanden, aber es besteht auch die Möglichkeit, daß der Reichskanzler und der Vizekanzler große parlamentarische Aktionen nicht für nötig halten und ihnen bis zu einem gewissen Grade entgegenwirken werden. War denn der Herr v. Kühlmann wirklich der führende Mann in der Regierung, oder war er nicht vielleicht nur der ausführende Beamte, der sich an die Richtlinien der Herren Hertling und Payer zu halten hatte? Zweifellos hat seine letzte, vielbesprochene Rede den Anstoß zu seinem Ausscheiden gegeben. In gewöhnlichen Zeiten wäre dieser Personenwechsel auf eine so deutlich gewordene „Unstimmigkeit" hin wohl viel schneller gefolgt. Man kann als Anhänger einer bestimmten politischen Richtung doch so verfahren, daß dieser Richtung Abbruch geschieht. Sind alle die, welche über den Wechsel im Staatssekretariat ihren Unmut äußern, nicht am Ende innerlich doch ein wenig davon überzeugt, daß Kühlmann letzthin im Reichstag den Gedanken eines Verständigungsfriedens herzlich ungeschickt vertreten hat? Genügen denn nur guter Wille und feste Gesinnungstüchtigkeit, um dauernd ein hohes Amt zu führen? Kein Zweifel, Staatssekretär v. Kühlmann hatte vor versammeltem Reichstag politisch und taktisch eine Extratour gemacht; er war der Mehrheit und der Regierung disziplinlos vorausgeeilt, und in der Politik wird solch kühnes Verlassen der Stellungen zweifellos schwerer verziehen als in den Feldschlachten. Es wirkt oft auch noch störender und verhängnisvoller. Kein Mensch kann daran zweifeln, daß Graf Hertling mit Kühlmanns Rede ganz und gar nicht einverstanden war. Er durfte sie natürlich nicht offen tadeln und zurückweisen, solange ihr Verfasser neben ihm im Amte stand, aber lag denn nicht schon eine völlige Preisgabe in Hertlings Sätzen, daß dieses und jenes der berührten Dinge zwecklos und nutzlos sei! Es ist recht wohl möglich, daß dieser erfahrene Staatsmann auch innerlich und politisch von der gefährlichen Taktik des Staatssekretärs nichts wissen wollte. Dann blieben persönliche Meinungsflächen übrig, die bei der Entscheidung im Hauptquartier mitgewirkt haben mögen. Oder schätzt man die Staatskunst des führenden Reichskanzlers nur so ein, daß er sich darauf beschränken müsse, die vertrampelten Teppiche der Mehrheit wieder auszugleichen? Dann würde er wirklich keine eigne Meinung und keinen eignen Willen haben. Zweifellos kommt hinzu, daß die übrigen, in maßgebenden Stellungen mitwirkenden Persönlichkeiten von den Bortänzen Kühlmanns wohl noch weniger erbaut waren als der Graf Hertling. Und die Wirkung auf das Ausland? Es kann kaum etwas schaden, wenn dort die Annahme wieder ausgelöscht wird, als sei unsere Regierung der Meinung, Deutschland müsse es aufgeben, durch die Waffen den Sieg zu erringen. Dieser Annahme hatte fast die gesamte feindliche Presse auf Kühlmanns Ausführungen hin Ausdruck gegeben. Wenn jetzt von einigen lauten, die Politik schwingenden Kutschern gewisser Mehrheitsgruppen nach Klarheit und Unzweideutigkeit gerufen wird, so klingt das beinahe wie eine Selbstironie. War denn das letzte Wort ihres jetzt aus dem Amte scheidenden Schützlings nicht etwas absolut Unklares, Unreifes, das überall „mißverstanden" oder willkürlich ausgelegt wurde? Und haben der Reichskanzler und der Vizekanzler letzthin in bedeutungsvollen Reden nicht ihrer klaren Meinung Ausdruck verliehen über die Zwecklosigkeit mancher Reden und manchen Debattierens? Ist das Programm Payers, das dem Standpunkte Scheidemanns entgegengesetzt wurde, nicht etwa auch das Programm der Reichstagsmehrheit und aller vernünftigen Menschen in Deutschland?

Aber es gibt ja auch andere im Reiche, die ihrer Sehnsucht nach dem alten lieben Debattieren über Alldeutsches und Ähnliches mehr unumwunden Ausdruck verliehen haben. Diese sind jetzt in ihrem Elemente, wenn sie den angeblich zu Kühlmanns Nachfolger ausersehenen Gesandten v. Hintze als den Kandidaten der Alldeutschen von vornherein unmöglich zu machen suchen. Die Mehrheit des Volkes weiß von der „Richtung" dieses Herrn nicht allzu viel, und die Angstbrüchen sollten sich doch beruhigen, daß die Auswahl des neuen Staatssekretärs sicher im Einvernehmen mit dem Reichskanzler vor sich gegangen ist.

Der österreichisch-ungarische Tagesbericht.

Wien, 9. Juli. (WTB.) Amtlich wird verlautbart: An der italienischen Front keine besonderen Ereignisse.

In Albanien dauert der Druck der über die Vojusa vorbrechenden feindlichen Kräfte nachhaltig an. Südwestlich von Berat kam es zu Gefechten. Im Zusammenhang mit diesen Kampfhandlungen erzielten die Franzosen am oberen Devoli Raumgewinn.

Der Chef des Generalstabes.

Rücktritt Kühlmanns.

WTB. Berlin, 9. Juli. (Nichtamtlich.) Wie zuverlässig verlautet, hat der Kaiser das Abschiedsgesuch des Staatssekretärs von Kühlmann angenommen. Als sein Nachfolger wird der bisherige Gesandte in Kristiania, von Hintze, genannt. Eine endgültige Entscheidung ist jedoch noch nicht getroffen.

Berlin, 10. Juli. Laut L.-A. hat sich gestern abend die Lage im Reichstage so weit geklärt, daß in Verbindung mit dem Rücktritt des Staatssekretärs v. Kühlmann und der erwarteten Ernennung des Herrn v. Hintze an seine Stelle von einer Krise kaum gesprochen werden kann.

Die Lage in Moskau.

Wien, 9. Juli. (WTB.) Zur Ermordung des deutschen Gesandten Grafen Mirbach sind folgende Meldungen eingetroffen: Nach der Flucht der Mörder in das Gebäude, in dem der in Moskau tagende Kongreß der linken Sozialisten-Revolutionäre untergebracht ist, entspannen sich im Laufe der Nacht vom 6. auf den 7. Juli lebhafte Straßenkämpfe, bei denen erwiesenermaßen englische Agitatoren tätig waren. Die Sowjettruppen haben aber dank ihrem sofortigen scharfen Zugreifen die Ordnung rasch wiederhergestellt. Die Führer der Sozialisten-Revolutionäre wurden aus dem Kongreß heraus verhaftet. Ob die Mörder auch schon gefaßt sind, ist nicht bekannt. Gegen 7 Uhr abends war in Moskau ziemliche Ruhe eingetreten, Artilleriefeuer war nicht zu hören, nur noch vereinzeltes zeitweiliges Gewehrfeuer. Die russische Regierung ließ in Flugblättern eine Erklärung verbreiten, in der sie die restlose Unterdrückung der ganzen Bewegung in Aussicht stellt und für den Fall des Wiederausbruchs die volle Verantwortung dem Sozialisten-Revolutionären überläßt.

Moskau, 8. Juli. Die Presse veröffentlicht einen Aufruf der Regierung, der wie folgt beginnt: Gestern hat die allrussische Versammlung der Sowjets mit erdrückender Stimmenmehrheit die äußere und innere Politik des Sowjets der Volkskommissare gebilligt. Die sogenannten linken Sozialrevolutionäre, die in den letzten Wochen geschlossen in das Lager der rechten Sozialrevolutionäre übergegangen waren, hatten beschlossen, die allrussische Versammlung aufzulösen. Sie versuchten, die Rätereepublik entgegen dem Willen der überwiegenden Mehrheit der Arbeiter und Bauern in einen Krieg hineinzutreiben. In Verfolg dieses Zieles wurde gestern 3 Uhr nachmittags der deutsche Gesandte von einem Mitglied der Partei der linken Sozialrevolutionäre ermordet. Gleichzeitig versuchten die linken Sozialrevolutionäre den geplanten Aufstand zur Ausführung zu bringen. Nach Darstellung der Umsturzbewegung schließt der Aufruf: Es unterliegt keinem Zweifel, daß im Laufe der nächsten Stunden der Aufstand der linken Sozialrevolutionäre, der Agenten der russischen Bourgeoisie und des englisch-französischen Imperialismus unterdrückt sein wird. Welche weiteren Folgen dieses sinnlose und schmachvolle Abenteuer der linken Sozialrevolutionäre für die internationale Lage der Rätereepublik haben wird, kann augenblicklich unmöglich vorausgesagt werden. Aber wenn unser erschöpftes und verblutetes Land von neuem in einen Krieg gebracht wird, so trägt die Schuld daran einzig und allein die Partei der linken Sozialrevolutionäre, Umstürzler und Verräter. Mögen in diesem kritischen Augenblick alle Arbeiter und Bauern der Sachlage voll Rechnung tragen und sich wie ein Mann um die allrussische Versammlung der Räte der Arbeiter- und Bauerndeputierten scharen.

Die Gewaltpolitik der Entente.

Rotterdam, 9. Juli. (Priv.-Tel.) „Daily News" schreiben in einem Leitartikel: „Wenn wir noch an der Lehre von dem Vernichtungsplan festhalten, so würden uns noch endlose Kämpfe bevorstehen. Deshalb begrüßen wir mit umsomehr Zustimmung die nachdrücklichen Worte des Premierministers vom Freitag, in denen er erklärte, daß der Deutsche Kaiser morgen den Frieden haben könne, wenn er nur Wilsons Formel annehmen wollte. Es ist nicht anzunehmen, daß der Kaiser auf dieses Anerbieten eingehen wird, denn Wilson hat die Skizze von einer Welt entworfen, in der wenig Raum für einen Kaiser nach dem heutigen Muster sein wird. Wenn es aber den Staatsmännern der Alliierten gelingt, dem deutschen Volke deutlich zu machen, daß Deutschlands Bestehen als organisierter Staat in den Händen eines Völkerbundes ebenso verwirklicht sein wird, wie das Bestehen Großbritanniens und Amerikas, so könnte der Krieg um Monate, wenn nicht Jahre verkürzt werden."

Amerikanische Eroberungspläne.

Berlin, 9. Juli. (WTB. Nichtamtlich.) Unter der Ueberschrift „Hinüber über den Rhein" bringt ein Telegramm der „Morning Post" aus Washington über die Einführung des Verteidigungsgesetzes im amerikanischen Repräsentantenhause, Indem das führende Kongreßmitglied Borland den Entwurf zur Annahme empfahl, führte es aus, „daß die amerikanische Armee dadurch in den Stand gesetzt werde, den Rhein in voller Kraft und Stärke zu überschreiten und dabei allen Hindernissen, denen sie begegnen könne, gewachsen zu sein". Bekanntlich hat im vorigen Jahre der damalige britische Minister Sir Edward Carson in einer vielbeachteten Rede die Wendung gebraucht, Englands Kriegsziel sei, die deutschen Heere über den Rhein zurückzuwerfen. Diese Aeußerung hat man in England seinerzeit vergebens als eine bedeutungslose Entgleisung hinzustellen versucht. Die dem genau entsprechende Erklärung des amerikanischen Abgeordneten beweist jedoch, wie tief Eroberungswünsche wie diese in der Kriegsstimmung der angelsächsischen Völker wurzeln.

*

Amerika und der norwegische Schiffsbau.

Kopenhagen, 9. Juli. Es besteht noch keine Aussicht auf Abschluß der Verhandlungen zwischen Amerika und Norwegen über die Frage der norwegischen Schiffsneubauten, die auf amerikanischen Werften fertiggestellt werden. Von solchen Schiffen, die auf norwegische Rechnung auf amerikanischen Werften bestellt sind, befinden sich bereits 180 000 Tonnen für Amerika in Fahrt, und die Reeder erhalten nicht einmal Zinsen für die 150 Millionen Kronen, die sie amerikanischen Werften bezahlt haben. Die Lage ist nun so unhaltbar geworden, daß der Ausschuß des norwegischen Reederverbandes zur Erörterung der Schwierigkeiten zusammenberufen wurde.

Aus dem englischen Unterhause.

London, 9. Juli. (WTB.) Im Unterhause sagte der Finanzsekretär der Admiralität Mac Namara auf eine Anfrage: Das den Kriegführenden durch die Haager Konvention verliehene Recht, Hospitalschiffe zu untersuchen, um sich davon zu überzeugen, daß sie den Bedingungen des internationalen Abkommens entsprechen, ist von deutschen Unterseebooten bei verschiedenen Gelegenheiten ausgeübt worden. In keinem Falle hat unser Land jemals das Haager Abkommen über die Hospitalschiffe dem Buchstaben oder Sinne nach gebrochen. Dasselbe gilt von unseren Verbündeten.

Der neue englische Lebensmittelkontrolleur.

London, 9. Juli. (Reuter.) Das Mitglied der Arbeiterpartei Clynes, bisher Parlamentssekretär des Lebensmittelministeriums, wurde als Nachfolger von Lord Rhonda zum Lebensmittelkontrolleur ernannt.

Die Beutezifern der Italiener.

Wien, 8. Juli. (WTB.) Zum Nachtrag des italienischen Heeresberichtes vom 6. Juli bemerkt das Kriegspressequartier:

Wenn die Italiener aus ihren Fortschritten im Piave-Delta möglichst viel Kapital schlagen, so sei darüber kein Wort verloren. Dagegen verdienen ihre Gefangenen- und Beutezahlen schärfste Abweisung. Die Zahl der durch sie eingebrachten Gefangenen ist durch die letzten Kämpfe an der Gebirgsfront und an der unteren Piave höchstens um 3000 Mann, das ist seit Beginn der Schlacht in Venetien von 12 000 auf 15 000 gestiegen. Mit dieser Tatsache ändert auch der 23 911te Gefangene nichts, der italienischerseits „gezählt" worden ist.

Die dem k. u. k. Armeeoberkommando gemeldete Geschützeinbuße beläuft sich seit dem 15. Juni auf insgesamt 12 Geschütze. Man muß da fügl. die Frage stellen, ob die sämtliche Uebertreibung des italienischen Berichts nicht dadurch entstanden ist, daß der Feinde seine „zurückeroberten", das heißt, die von uns wieder sicher gelassenen italienischen Geschütze mitzählt. Da mag solche Menge herausgerechnen sein. Es ist folgerichtig verständlich, daß wir bei der Nennung des rechten Piaveufers das Hauptgewicht auf das Bergen unseres Materials gelegt haben.

Seltsamerweise findet sich aber die Uebertreibung auf das Hundfache auch in den feindlichen Angaben über die Maschinengewehre. In der Tat haben wir nicht viel über 200 Stück dieser Waffe eingebüßt, eine Ziffer, die in Anbetracht der großen Menge dieses wuchtigen Kampfmittels als durchaus normal bezeichnet werden muß.

Die drei Vergleiche genügen, auch andere Angaben des italienischen Heeresberichtes über die Beute ins rechte Licht zu setzen.

Das spanische Spionage-Abwehrgesetz.

Bern, 9. Juli. Wie „Journal" aus Madrid erfährt, setzte das Spionageabwehrgesetz fest, daß, wer aus spanischem Gebiet einer ausländischen Macht Nachrichten bezüglich der Neutralität Spaniens oder solche eine andere ausländische Macht betreffend mitteilt bzw. deren Mitteilung erleichtert, mit Gefängnis und Buße von 500 bis 20 000 Pesetas bestraft wird. Es ist der spanischen Regierung gestattet, die öffentliche Verbreitung und Uebermittelung der Nachrichten, die gegen die spanische Neutralität oder gegen seine Sicherheit verstoßen, zu unterbinden. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis und Buße von 500 bis 100 000 Pesetas geahndet. Wer anläßlich ausländischer Ereignisse in Spanien Nachrichten verbreitet, die Beunruhigung oder Erregung hervorrufen könnten, unterliegt gleichfalls obigen Strafen. Wer durch mündliche, geschriebene oder gedruckte Publizität irgendwelcher Art, durch Photographien oder sonstige bildartige Wiedergabe ausländische Staatsoberhäupter, Völker, Regierungen, Armeen oder diplomatische Vertreter beleidigt und der Lächerlichkeit und Verachtung preisgegeben versucht, wird mit Gefängnis und Geldbuße von 500 bis 20 000 Pesetas bestraft. Dato erklärte, man sollte sich wegen des Gesetzes nicht aufregen. Es richte sich nicht gegen die vernünftige Presse, sondern nur gegen die, die sich zu Beschimpfungen hinreißen lassen und dadurch eine neutralitätswidrige Kampagne treiben. Das Gesetz bezwecke, Beeinflussung der inneren Politik Spaniens zu beseitigen.

Madrid, 27. Juni. (Meld. d. Berl. d. Wiener K. K. T. K. B. Verspätet eingetroffen.) Die ungeheuren Anstrengungen, die die Engländer und Franzosen fortgesetzt machen, um eine Besserung der Bilanz der Ententeländer auf

dem spanischen Markte zu erzielen, sind bisher ganz erfolglos geblieben. Die Kurse für die englische und französische Währung, die in der vergangenen Woche plötzlich auf 1807 bzw. 66,60 gestiegen waren, sind neuerlich auf 1708 bzw. 63,30 gefallen.

Die spanische Neutralität.

Madrid, 8. Juli. (WTB. Nichtamtlich.) Amtlich wird das Gesetz veröffentlicht, welches der Regierung die unumgänglichen öffentlichen Machtbefugnisse zur Gewährleistung der spanischen Neutralität überträgt.

Das türkische Kabinett.

Konstantinopel, 8. Juli. (WTB. Nichtamtlich.) Meldung der Agence Milli. Der Großwesir hat dem Sultan eine Ministerliste unterbreitet, nach der das Kabinett Talaat vollständig unverändert bleibt.

Bündnistreue des neuen Sultans.

Konstantinopel, 9. Juli. (WTB.) In dem Schreiben, in dem der Sultan das Kabinett Talaat bestätigt, betont er seine Absicht, treu an der Verfassung festzuhalten, sowie die Notwendigkeit, zu einer glücklichen Beendigung des Krieges alle Kräfte zusammenzufassen und die Ordnung im Lande aufrecht zu erhalten. Die Teuerung müsse energisch bekämpft werden. Politische Verbrecher, die Reue zeigen, und leichte Verbrecher, die drei Viertel ihrer Strafe verbüßt haben, sollen begnadigt werden. Der Belagerungszustand solle nur in den Militärzonen bestehen bleiben. Die Strafprozesse sollen an die gewöhnlichen Gerichte verwiesen werden. Die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage soll durch eine Steigerung der Produktion herbeigeführt werden. Ueber die äußere Politik sagt das Schreiben, daß es dem wohlverstandenen Interesse des Landes entspreche, in voller Uebereinstimmung zu den Mittelmächten und Bulgarien zu bleiben. Es sei daher das Ziel des Sultans, die Bündnisbande zwischen der Türkei und diesen Staaten noch mehr zu festigen. Zum Schlusse wird die Hoffnung auf baldige siegreiche Beendigung des Krieges ausgesprochen und Heer und Flotte zu weiterem tapferen Kampf aufgefordert.

Die wirtschaftlichen Verhandlungen in Salzburg.

Wien, 9. Juli. (WTB.) Zu den beginnenden deutsch-österreichisch-ungarischen Wirtschaftsverhandlungen in Salzburg erfahren die Blätter von informierter Seite, daß die Konferenzen einen ausschließlich wirtschaftlichen Charakter tragen und keinerlei Fragen politischer oder militärischer Natur zur Erörterung gelangen sollen. Der Vorschlag Oesterreich-Ungarns geht dahin, daß die Beziehungen zwischen den beiden Staaten nicht auf dem Grundsatz eines vollkommen zollfreien Verkehrs basiert sein sollen, sondern, daß alle wesentlich schutzbedürftigen Produkte unter einen Schutzzoll gestellt werden. Jene wichtigen Erzeugnisse, die durch einen freien Verkehr zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland benachteiligt wären, würden einem bestimmten Zollsatz unterworfen werden, während für andere Produkte Zollfreiheit zur Einführung käme. Es handelt sich daher um ein gemischtes System, eine Kombination von Zoll und Zollfreiheit. Bezüglich der landwirtschaftlichen Erzeugnisse wird der freie Verkehr vorgeschlagen und weiter wird festgestellt, daß das zu schaffende Zollbündnis keinen aggressiven Charakter gegen die derzeit feindlichen Staaten habe, vielmehr derart gestaltet sein soll, daß die Herstellung freundlicher Beziehungen seinerzeit möglich werde, überhaupt soll die handelspolitische Bewegungsfreiheit für den Fall eines Handelsabkommens mit irgendeinem anderen Staate gewährt werden. Als Geltungsdauer für das Abkommen wird eine Frist von 20 Jahren geplant. Nach je 5 Jahren soll eine Revision des Vertrages eintreten; vermutlich wird eine solche Revision auch weiterhin von 5 zu 5 Jahren vorgenommen.

Der Seekrieg.

Neue U-Boot-Erfolge.

Berlin, 9. Juli. (Amtlich.) Von unseren U-Booten wurden im Mittelmeer versenkt: 5 Dampfer und ein Segler von rund 15 000 Br.-R.-T.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Amsterdam, 8. Juli. (WTB.) Das „Algemeen Handelsblad" meldet: Das holländische Fischerfahrzeug „R. O. 38" wurde heute morgen 10 Meilen von Scheveningen von vier deutschen Flugzeugen, die Bomben auf das Schiff abwarfen, angegriffen. Die Besatzung verließ das Schiff. Nachdem die Flugzeuge verschwunden waren ,ging die Besatzung wieder an Bord, worauf das Schiff, ohne Schaden erlitten zu haben, in Nieuwe Waterweg einfuhr.

Aus dem Reiche.

Ein Telegramm des Kaisers.

Bonn, 9. Juli. (WTB.) Auf das Huldigungstelegramm erhielt Geheimrat Duisberg, Leverkusen folgende Antwort:

Großes Hauptquartier.

Der ersten Hauptversammlung der Gesellschaft von Freunden und Förderern meiner teuren rheinischen Friedrich-Wilhelm-Universität herzlichen Dank für das Gelöbnis der Treue zu Kaiser und Reich. Hell erstrahlen aus der Finsternis des gewaltigsten Völkerringens aller Zeiten die unüberwindliche Tapferkeit und der unbegrenzte Opfermut des deutschen Volkes. Noch gelang es unseren siegreichen Waffen nicht, den feindlichen Vernichtungswillen ganz zu brechen, aber mit unerschütterlicher Zuversicht scharen sich Deutschlands Söhne um ihren obersten Kriegsherrn und ihre erprobten Heerführer, dem Vaterlande Leben, Glück und Freiheit endgültig zu erkämpfen und freie Bahn zu friedlicher Entfaltung seiner geistigen und wirtschaftlichen Kräfte zu schaffen. Gott wird mit uns und unserer gerechten, heiligen Sache sein.

Wilhelm I. R.

*

Berlin, 9. Juli. (Priv.-Tel.) Das wiederholt aufgetauchte Gerücht, das wehrpflichtige Höchstalter werde auf 50 Jahre heraufgesetzt, entbehrt jeglicher Begründung.

Straßburg, 9. Juli. (WTB.) Wie die „Straßburger Post" erfährt, werden am Montag den 15. d. M., vormittags 9 Uhr, 800 von den Franzosen verschleppte Elsaß-Lothringer in Singen eintreffen. Bekanntlich war die Freilassung sämtlicher Geißeln zunächst verzögert worden. Abermaligen Verhandlungen ist es nun gelungen, die letzten Schwierigkeiten zu beseitigen.

Mb. Deutscher Reichstag.

167. Sitzung vom 9. Juli.

Am Bundesratstische: v. Payer, Graf Roedern, Schiffer.

Präsident **Fehrenbach** eröffnet die Sitzung um 11.25 Uhr.

Abg. **Gröber** (Zentr.) schlägt vor, eine Mittagspause vorzusehen.

Präsident **Fehrenbach** schlägt die Pause von 1 bis 3½ Uhr vor.

Abg. Dr. **Arendt** (D. Frakt.) fragt, wie der Reichskanzler die schwere Unbilligkeit, die den Hausbesitzern durch das Mietssteigerungs- und Mietskündigungsverbot durch die stellvertretenden Generalkommandos des 1., 2. und 7. Armeekorps zugefügt wird, verhindern wolle.

General von **Brisberg**: Diese Verordnungen erfolgten auf Antrag und im Einvernehmen mit den Zivilbehörden, um eine durch Massenkündigungen und Massenmietssteigerungen bis zu 45 Proz. entstandene Wohnungsnot und eine daraus folgende schwere Beunruhigung der Bevölkerung im Interesse der Sicherheit des Reiches so schnell wie möglich zu beseitigen. Die Verordnungen stellen nur Ergänzungen zur Bundesratsverordnung vom 26. Juni 1917 dar. Sie machen die Steigerungen und Kündigungen von der Genehmigung der Mieteinigungsämter oder der Polizeiverwaltung abhängig. Daß die militärischen Befehlshaber auf Grund des Belagerungszustandes zum Erlaß der Verordnung berechtigt sind, kann nicht zweifelhaft sein.

Abg. v. **Bockhausen** (konf.) fragt an, ob der Reichskanzler dahin wirken wolle, daß den land- und forstwirtschaftlichen Arbeitern und Arbeiterinnen die nötigen Stiefel und Schuhe beim Eintritt kälterer Witterung zur Verfügung gestellt werden, eventuell aus den zurückgestellten Beständen der Heeresverwaltung.

Der Direktor im Reichswirtschaftsamt **Müller** erwidert, daß bereits eine Verordnung zu dem gedachten Zwecke erlassen worden sei.

Der Abg. **Fegter** (Vpt.) verlangt in einer Anfrage Auskunft ob demnächst eine Erhöhung der Urlaubsbezüge (2 Mark Tagesverpflegungsgelder neben der Löhnung während des Heimatsaufenthaltes) geplant ist.

Generalleutnant v. **Oven**: Ueber die Erhöhung der Geldabfindung zur Selbstbeköstigung ist eine Entscheidung in der nächsten Zeit zu erwarten.

Die Thronfolge in Strelitz.

Abg. Dr. **Stubmann** (nl.) setzt in einer Anfrage die Schwierigkeiten der Thronfolgefrage in Mecklenburg-Strelitz eingehend auseinander und fragt an, ob der Reichskanzler in bundesfreundlichem Sinne darauf hinwirken wolle: 1. daß die Ordnung der Thronfolgefrage in Mecklenburg-Strelitz in Uebereinstimmung mit dem modernen Rechtsempfinden und nicht lediglich nach dynastischen Gesichtspunkten erfolgt; 2. daß angesichts der Tatsache, daß dem Lande immer noch eine dem Geiste der Reichsverfassung entsprechende zeitgemäße konstitutionelle Verfassung und Volksvertretung fehlen, die Neuordnung nur unter eingehender Feststellung und voller Berücksichtigung der Bevölkerung des Landes vorgenommen wird.

Unterstaatssekretär Dr. **Lewald**: Die Thronfolgeordnung ist ein verfassungsmäßiges Recht der einzelnen Bundesstaaten. Die beiden Großherzogtümer Mecklenburg sind gegenwärtig mit Erwägungen beschäftigt, ob Herzog Karl Michael, dessen Aufenthalt in Rußland noch nicht ermittelt werden konnte, durch Verzicht seine Thronfolgerechte verloren hat. Festgestellt ist, daß er wenige Wochen vor Ausbruch des Krieges aus der mecklenburgischen Staatsangehörigkeit entlassen ist, Aufnahme im russischen Untertanenverband gefunden hat und als russischer General im Kriege gegen Deutschland gestanden hat. Die Folgerungen, die sich hieraus ergeben, werden jedenfalls zu ziehen sein.

Abg. **Vogtherr** (U. Soz.) weist in seiner Anfrage auf verschiedene Fälle hin, in denen der kommandierende General des 2. Armeekorps v. Vietinghoff in Stettin Vorträge auswärtiger Redner in Mitgliederversammlungen des unabhängigen sozialdemokratischen Wahlvereins Randow-Greifenhagen verboten hat und fragt an, was der Reichskanzler zu tun gedenke, damit die unabhängige sozialdemokratische Partei nicht geringerer Rechte teilhaftig werde, als andere Parteien.

General v. **Brisberg**: Im Korpsbezirk des stellvertretenden Generalkommandos des 2. Armeekorps sind Mitgliederversammlungen aller Parteien ausnahmslos gestattet, ebenso das Auftreten auswärtiger Redner in denselben, auch solcher der sozialdemokratischen Vertreter. Nur das Auftreten auswärtiger Personen, deren Reden beunruhigend wirken, ist verboten. Betroffen wurden bisher von diesem Verbote die in der Anfrage genannten Abgeordneten (Brandes, Adolf Hofmann und Vogtherr). Am 17. Juni war ohne Anmeldung unter Aenderung der Tagesordnung der Abgeordnete Vogtherr in der Mitgliederversammlung der unabhängigen Sozialdemokraten erschienen. Er erhielt ohne Namensnennung das Wort, wurde aber von überwachenden Polizeibeamten erkannt, und da er weiter zu reden versuchte, wurde die Versammlung geschlossen. Gegen die Einberufer der Versammlung ist Anklage erhoben, weil dieselben um das ungerechtfertigte Auftreten Vogtherrs gewußt haben. (Lärm bei den Unabh. Soz.)

Auf die Anfrage des Abg. Dr. **Müller-Meiningen** wegen weiterer Belieferung der Mannschaften mit dem verbotenen Buchenblättertabak erwidert

Generalleutnant v. **Oven**: Reiner Buchenblättertabak ist nicht geliefert worden. Die Kriegstabakmischung ist seit der Verfügung vom 13. Mai nicht mehr an die Proviantdepots geliefert worden. Diese Mischung ist bis zur Entscheidung über die Ersatzpflicht der Lieferer auf Lager genommen. Die bereits an die Feldmagazine gelangten Mengen werden an die Proviantdepots zurückgeführt. Ehe der Erlaß überall durchdrang, mag manches Paket noch an die Truppen ausgegeben worden sein.

Auf eine Ergänzungsfrage des Abg. Dr. **Müller-Meiningen** wegen Verhinderung der gesundheitsschädlichen Wirkungen erwidert

Generalleutnant **von Oven**, daß andere Mischungen bereits auf Brauchbarkeit geprüft werden und vorläufig nur reiner Tabak an die Truppen geliefert wird.

Es folgt die erste Lesung des neuen Kriegskredits.

Abg. **Ebert** (Soz.) beantragt Kommissionsberatung.

Die Ueberweisung an den Hauptausschuß wird nach längerer Debatte beschlossen.

Es folgt die zweite Beratung der

Steuervorlagen.

(Biersteuer und Bierzoll).

Abg. **Siehr-Insterburg** (Vpt.) berichtet über die Ausschußverhandlungen.

Abg. **Keppler** (Soz.): Die heutige Vorlage bedeutet eine Jahresbelastung von einer Milliarde Mark Steuer für das Bier. Die heutige Struktur im Brauereigewerbe weist auf einen dauernden Rückgang hin. Volle Abwälzung der Steuer auf das Publikum ist gegeben. Eine Folge wird ein größerer Zulauf zu den Abstinenzlern sein.

Abg. **Zubeil** (U. Soz.): Die für die Höhe der Steuer vorgesehene Skala geht zu weit. Die Kontingentierung sollte von 10 auf 3 Jahre herabgesetzt werden.

Abg. **Siehr** (Vpt.): Wir stimmen der vom Hauptausschuß festgesetzten Kontingentierung zu.

Staatssekretär Graf v. **Rödern**: Ich kann erklären, daß in absehbarer Zeit an eine weitere Biersteuer nicht herangetreten werden wird. Die Regierung betrachtet die Getränkesteuer als wesentlichen Teil der späteren Finanzreform, der jetzt aus praktischen Gründen vorweg genommen wird. Bei der endgültigen Finanzreform bleiben die jetzigen Steuerobjekte unberührt.

Abg. **Herzog** (D. Frakt.) erklärt sich gegen einen Antrag Arnstadt, der im Paragraph 5 den zweiten Absatz streichen will, wonach die Erhöhung der Steuer für neue Brauereien, die in den ersten fünf Rechnungsjahren auf das Dreifache, in den nächsten fünf Rechnungsjahren auf das Doppelte bemessen wird, keine Anwendung findet auf neue Brauereien, die von Gastwirten auf genossenschaftlicher Grundlage errichtet werden sollten.

Abg. **Zubeil** (U. Soz.): Die Zusage des Staatssekretärs ist für mich nicht stichhaltig. Wir haben früher schon ähnliche Zusagen erhalten, dennoch ist bald wieder eine Vorlage gekommen.

Der Absatz 2 des § 5 wird gestrichen.

Bei § 63 beantragt

Abg. **Fuchs** (Soz.) Beseitigung der Gemeindebiersteuer.

Abg. **Kiel** (Vpt.): Ich persönlich halte die Kommunalbiersteuer für das Ungeheuerlichste in der ganzen Gesetzgebung.

Abg. **Zubeil** (U. Soz.): In Berlin wurden die Biergläser sofort, als die Gemeindesteuer eintrat, kleiner. Auch in Zukunft werden die Konsumenten die ganze Biersteuer zu tragen haben. — Der Antrag wird abgelehnt. Es bleibt beim § 63. Der Rest des Gesetzes wird angenommen, ebenso das Gesetz über den Bierzoll.

Darauf tritt die Mittagspause ein. Schluß 1½ Uhr.

Die Nachmittagssitzung.

Nach der Mittagspause eröffnet Präsident **Fehrenbach** um 3.45 Uhr die Sitzung.

Am Bundesratstisch Graf Rödern, Schiffer.

Zur Biersteuer wird nachträglich noch über den Antrag der unabhängigen Sozialdemokraten auf Aenderung der Steuerskala (§ 3) abgestimmt. Der Antrag wird abgelehnt.

Weinsteuer.

Abg. **Hoffmann-Kaiserslautern** (Soz.): Wir lehnen es ab, durch eine derartige Gewaltsteuer einen ganzen Gewerbezweig zu untergraben. Auch diese Steuer fällt auf die breiten Massen zurück. Wenn die Weinpreise so außerordentlich hoch sind, so wird der Weinbauer seine besten Abnehmer verlieren.

Abg. **Kopsch** (Vpt.): Meine politischen Freunde in ihrer übergroßen Mehrheit stimmen einer Steuer von 20 Prozent zu, tun dies aber in der Erwartung, daß, wenn die befürchtete Schädigung des Winzergewerbes und des Weinhandels eintreten sollte, die Reichsregierung unverzüglich, auch ohne Drängen des Reichstages eine Aenderung des Weingesetzes und eine Herabsetzung der Weinsteuer in Vorschlag bringen wird.

Abg. Dr. **Haegy** (Elsässer): Der Wein ist bei uns in Südwestdeutschland kein Luxusgetränk, sondern ein Volksgetränk.

Graf **Rödern**: Ich kann die in der Kommission abgegebene Erklärung der Regierung nur wiederholen, daß die verbündeten Regierungen an dem Zusatz zu § 2 festhalten werden.

Abg. **Feuerstein** (Soz.): Wir haben keine Weinsteuer, sondern eine Weinumsatzsteuer in der rohesten Form vor uns. Die Weine bis zu 4 Mark sollten steuerfrei bleiben.

Zu § 10 wird ein Antrag **Gunsser** u. Gen. angenommen, in dem Absatz sind die Worte „in Flaschen" zu streichen.

Abg. **Müller-Reichenbach** (Soz.): Es ist nicht einzusehen, warum man so hohe Weinschutzzölle festsetzt.

Der Rest der Vorlage findet im wesentlichen nach den Beschlüssen der Kommission Annahme.

Schaumweinsteuer.

Die Vorlage wird nach ganz unerheblicher Debatte in der Kommissionsfassung angenommen.

Mineralwässer

und künstlich bereitete Getränke, sowie Zollerhöhung für Kaffee, Tee, Kakao und Schokolade.

Abg. **Buch** (Soz.): Ich halte mich für verpflichtet, die berechtigten Einwände der Konsumenten gegen diese Steuer zur Sprache zu bringen. Wir können auch diesem Gesetzentwurf unsere Zustimmung nicht geben. Von Surrogaten haben wir jetzt während der Kriegszeit genug bekommen. Wir sehnen uns wieder einmal nach einer richtigen Tasse Kaffee.

Abg. **Neumann-Hofer** (Fortschr.): Das Verfahren der Kommission, die natürlichen Fruchtsäfte im Gegensatz zu den künstlichen von der Besteuerung freizulassen, halte ich für nicht zweckmäßig.

Abg. **Zubeil** (U. Soz.): Die Steuer wird tatsächlich dem Minderbemittelten, dem Leistungsunfähigen, auferlegt.

Ein Antrag Neumann-Hofer, die Steuersätze, die von der Kommission erhöht worden sind, im wesentlichen auf die Höhe der Regierungsvorlage herabzusetzen, u. zwar für Mineralwässer von 0,65 auf 0,05 Mk., für Limonaden u. andere künstliche Getränke von 0,15 auf 0,10 Mk., für konzentrierte Kunstlimonaden von 1,50 auf 1 Mark und für Grundstoffe zur Herstellung von konzentrierten Kunstlimonaden von 30 auf 20 Mark für das Liter findet durch Hammelsprung Annahme.

Die Vorlage wird im übrigen ohne wesentliche Aenderung nach den Kommissionsbeschlüssen angenommen.

Zum Gesetzentwurf betreffend eine mit den Post- und Telegraphengebühren zu erhebende außerordentliche Reichsabgabe wendet sich

Abg. **Taubadel** (Soz.) gegen die Vorlage, die er ungerecht findet. Die Abgabe würde nicht zu einer Erhöhung, sondern zu einer Schmälerung der Einnahmen der Reichspost führen. Die Portofreiheit der Fürsten sollte endlich beseitigt werden.

Abg. **Vogtherr** (U. Soz.) tritt gleichfalls für sofortige Beseitigung der fürstlichen Portofreiheit ein.

Die Vorlage wird unverändert in der Kommissionsfassung angenommen. Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung Mittwoch mittag 1 Uhr (Reichsstempelgesetz, Wechselstempelgesetz, Kriegsabgabe, Umsatzsteuer, Steuerflucht).

Schluß ¼8 Uhr.

Aus Stadt und Land.

Gießen, den 10. Juli 1918.

Wie man Arzneikräuter sammeln soll.

Sammelt einheimische Arzneikräuter! Das ist vaterländische Pflicht, denn es macht uns vom Auslande unabhängig, und obendrein kann es, richtig betrieben, einen ganz hübschen Gewinn einbringen. Jetzt, wo die Ferien beginnen, ist die günstigste Jahreszeit zum Sammeln der meisten einheimischen Arzneipflanzen. Aber wie und was soll man sammeln? Kurzgefaßte, dabei aber vollkommen ausreichende Belehrungen in Wort und Bild hierüber geben die 32 Arzneipflanzen-Merkblätter des Kaiserlichen Gesundheitsamtes, die einzeln und auch in Form eines wohlfeilen Büchleins bei Julius Springer in Berlin erschienen sind. Das Wichtigste über das Sammeln von Arzneikräutern sei aus ihnen hier angeführt. Ehe man mit dem Sammeln beginnt, muß man sich den Absatz sichern; die Arzneipflanzen sollen dem Großdrogenhandel zugängig gemacht werden, und wer in seiner Gegend keine Sammelstelle auffindet, wendet sich an den „Reichsverband der Vereinigungen des Drogen- und Chemikalienfachs" (Berlin) oder die „Geschäftsstelle der Deutschen Pharmazeutischen Gesellschaft" in Berlin-Dahlem; ist der Absatz der Ware gesichert, muß man Vorkehrungen für das sachgemäße Trocknen treffen, und dann muß man sich darüber entscheiden, welche Pflanzen man sammeln will. Dabei gilt als Regel, daß man nur solche Arzneipflanzen wählt, die in einer Gegend reichlich vorhanden sind und für die ein lohnender Absatz in sicherer Aussicht steht; wo dagegen Arzneipflanzen nur vereinzelt wachsen, soll man Flur und Wald nicht ihres Schmuckes berauben. Selbstverständlich ist auch, daß man Felder und Wälder, Aecker und Wiesen, bei der Suche nach Arzneipflanzen zu schonen hat.

Die Güte der Ware hängt davon ab, daß man zum Sammeln die günstigste Jahres- und Tageszeit und den geeignetsten Wachstumszustand wählt, so daß die Pflanzen den aus ihnen zu gewinnenden Heilstoff am reichlichsten enthalten. Daher soll die Ernte dann erfolgen, wenn die Pflanze die aufgespeicherten Stoffe zur Erzeugung von neuen Trieben, Blättern, Blüten, Früchten und Samen noch nicht wieder verbraucht hat. Daraus folgt, daß Wurzeln und Wurzelstöcke im Herbst oder Frühjahr gegraben werden, daß das Kraut zu sammeln ist, wenn die Pflanze anfängt zu blühen; Blätter werden gewöhnlich von blühenden Pflanzen gesammelt, Blüten sollen in jugendlichem, aber ausgeblühtem Zustande, stark riechende Blüten zur Zeit der eben aufspringenden Knospe gesammelt werden; bei Früchten und Samen wartet man den Reifezustand ab. Unterirdische Pflanzenteile können zu jeder Tageszeit gesammelt werden, bei den oberirdischen aber muß die Ernte an trockenen, wenn möglich an sonnigen Tagen gesammelt werden. Besondere Vorsicht ist bei giftigen Pflanzen vonnöten; es handelt sich hauptsächlich um die Samen der Herbstzeitlose, die Knollen des Eisenhutes und die Blätter vom Fingerhut, Stechapfel, Bilsenkraut und Tollkirsche; bei diesen Giftpflanzen sollen nur Erwachsene sich am Sammeln beteiligen, ja für das Pflücken von Tollkirschenblättern empfiehlt das Merkblatt des Kaiserlichen Gesundheitsamtes das Tragen von Handschuhen.

Welche Pflanzenteile sind es nun, die bei den einzelnen Gewächsen in Frage kommen? Die, die im Juli oder später gesammelt werden können, seien hier angeführt. Blätter sammelt man von der Bärentraube, vom Huflattich, vom Stechapfel, von der Tollkirsche, vom Fingerhut, und vom Bilsenkraut; Blüten pflückt man von Arnika und Kamille, von Stiefmütterchen kann man Stengel, Blätter und Blüten ernten, bei Schafgarbe, Tausendgüldenkraut, Quendel, Malven und Steinklee ist ebenfalls das ganze Kraut brauchbar, nur die Blumenkronen sind von Wollblumen zu sammeln, Blüten und obere Teile entnimmt man dem Rainfarn, Krautspitzen und Blüten dem Wermut. Unterirdische Teile sammelt man von folgenden Pflanzen: vom Kalmus, den Wurzelstock, von der Hauhechel alle unterirdischen Teile, von Bibernellen die Wurzeln; Beeren sammelt man vom Wacholder; Sporen gewinnt man vom Bärlapp.

*

** **Auszeichnung**. Stud. jur. **Fritz Marx**, Lonystr. 4, wurde zum Gefreiten befördert und erhielt das Eiserne Kreuz 2. Klasse.

** **Beförderung**. Zum Hauptmann d. R. befördert wurde Oberlt. d. R. Otto **Boeckner**, 2. bayer. Inf.-Regt., kommandiert zum Kgl. Bayer. Kriegsministerium.

** **Aus dem Militär-Wochenblatt.** Befördert: Zu Lts. d. Res.: die Vizefeldw. Weicker (Mainz), Redke (I Frankfurt a. M.) i. I.-R. 88, Reutter (Mainz); zum Lt. vorl. ohne Patent: der Fähnr. Müller, Günther, 1. Fußart.-Regt. Nr. 3, jetzt im 3. Bat. d. R.; Jung, Feldw. (Worms) zum Lt. d. Ldw.-Inf. 1. Aufg.; zu Hauptleuten: der Oberleutnant d. Res.: Harnischfeger des Inf.-Rgts. Nr. 118 (Halle a. S.), der Oberleutnant der Landw.-Inf. 1. Aufg. Ullrich (I Darmstadt); zum Leutn. d. Res. d. Inf.: der Vizefeldwebel Becker (Friedberg); zum Leutnant des Landw.-Trains 1. Aufg.: der Vizewachtmeister Roß (Darmstadt); zum Leutnant d. Res.: der Vizefeldwebel Schliephake (Gießen) im 2. Fußart.-Rgt. Nr. 3, d. gen. Rgts.; zum Fähnrich: der Unteroffizier Wolff im Leibgarde-Inf.-Rgt. Nr. 115; zum Leutn. d. Res. d. Inf.: der Vizefeldw. Cahn (I Darmstadt).

** **Zucker-Ausgabe.** Der bei den Kleinhändlern der Stadt Gießen bestellte Zucker für Juli 1918 kann von Donnerstag dem 11. d. M. ab gegen Vorlage des Bestellausweises zur Zuckerkarte und Ablieferung der Zuckermarke Nr. 7 in Empfang genommen werden. Siehe Anzeigenteil.

** **Bronzeglocken und Orgelpfeifen.** Vom Kriegsministerium — Kriegsamt — in Berlin ist eine nochmalige Durchprüfung der Bronzeglocken und Orgelpfeifen auf ihre Zugehörigkeit zu den einzelnen Gruppen angeordnet worden, da es notwendig ist, daß noch weiteres Glockenmetall und Orgelzinn zur Ablieferung gelangt. Näheres hierüber finden die Beteiligten in der dazu heute erscheinenden amtlichen Bekanntmachung.

** **Diebstahl.** Am 8. Juli 1918, abends zwischen 8 und 10 Uhr, wurde ein in dem Hofe des Kaufmännischen Vereinshauses stehendes Fahrrad, Marke „Sport", mit schwarzem Rahmenbau, gelben, mit zwei schwarzen Streifen versehenen Felgen und weißen Celluloidgriffen entwendet. Sachdienliche Mitteilungen nimmt die Kriminalpolizei entgegen.

** **Stadttheater.** Am Sonntag den 14. Juli, abends 7½ Uhr, wird, von ersten Mitgliedern des Mainzer Stadttheaters dargestellt, der lustige Schwank „Das Extemporale" von Sturm und Färber zur Aufführung gelangen. Das Stück hat bei den gleichzeitig stattgefundenen Uraufführungen am Albert-Theater in Dresden, Schauspielhaus in Bremen und Thalia-Theater in Hamburg einen ungewöhnlich großen, durchschlagenden Erfolg erlebt. Bezeichnend für den Erfolg dieses humorreichen Lustspiels voll ausgelassener Lustigkeit und herzerhebenden Frohsinns ist die Kritik der Weserzeitung, die wörtlich schreibt: „Im ersten Akt lachten die Zuschauer, im zweiten quietschten sie vor Vergnügen und im dritten kamen sie überhaupt nicht mehr zu sich." Der nächste Sonntag im Stadttheater dürfte sich also für das Gießener Theater-Publikum zu einem äußerst lustigen gestalten.

** **Bewirtschaftung des Spargelkrauts und der Spargelbeeren.** Der Staatssekretär des Kriegsernährungsamts hat die Preise, zu denen die Reichsfuttermittelstelle Geschäftsabteilung G. m. b. H. Spargelkraut und Spargelbeeren zu übernehmen hat, in der Weise festgesetzt, daß für Spargelkraut, das grün geerntet und lufttrocken ist, 60 Mk., für Spargelbeeren 400 Mk. für die Tonne zu zahlen sind. Spargelkraut und Spargelbeeren dürfen nur an die Reichsfuttermittelstelle Geschäftsabteilung G. m. b. H. (Bezugsvereinigung der Deutschen Landwirte) Berlin W 35, Potsdamer Straße 30, abgesetzt werden.

* **Der Oleander als Haustierfeind.** Oleanderbäume können, wie in der Deutschen Landwirtschaftlichen Presse festgestellt wird, den Tod von Haustieren zur Folge haben. So wird z. B. von Gänsen berichtet, die durch den Genuß von Oleanderblättern vergiftet worden waren. Zwei in Kübel eingepflanzte Oleanderbäume waren vom Winde umgeworfen worden. die in der Nähe befindlichen Gänse fraßen am nächsten Tage nicht mehr, sie erschienen bald gelähmt und verendeten schließlich innerhalb 24 Stunden. In ihrem Mägen fand man außer anderen Futtermassen Oleanderblätter, deren Giftgehalt die Tiere getötet hat. Es ist daher stets darauf zu achten, daß Haustiere nicht der Blätter von Oleanderbäumen habhaft werden können; dies gilt nicht nur für Geflügel, sondern auch für größere Haustiere, z. B. Ziegen. Im übrigen sollten Tiere, die Oleanderzweige gefressen haben, so schnell wie möglich getötet werden, weil bei rechtzeitiger Tötung ihr Fleisch noch verwertbar ist. Das schnelle Töten ist bei Vergiftungsverdacht von Geflügel und kleinen Haustieren überhaupt in vielen Fällen zweckmäßiger, als abwarten und eine Behandlung, da das Fleisch vergifteter Tiere in den meisten Fällen noch genießbar ist, während sie nach dem Verenden natürlich in keiner Weise mehr verwendet werden können.

Kreis Friedberg.

= **Friedberg,** 8. Juli. Die Geheimschlachtungen, die Schleichversorgung der Fremdenbetriebe und Gasthöfe und das Hamstern der Ortsfremden, besonders der Kurgäste (Bad-Nauheim!) haben im Kreise Friedberg einen solchen Umfang angenommen, daß sich das Kreisamt in einem öffentlichen Aufruf an die Bevölkerung zur Bekämpfung dieses Treibens wendet. Das Kreisamt weist darauf hin, daß der größte Teil der Erzeugnisse der Geheimschlächtereien und des heimlich ausgeführten Viehs nach Frankfurt a. M. verbracht wird und daß der Grund dieses Tuns nicht in Not, sondern in verwerflicher Gewinnsucht zu suchen ist. In eindringlicher Weise werden besonders die Landwirte verwarnt, unter dem Hinweis, daß die bereits abgefaßten Schleichhändler ausnahmslos mit Gefängnis bestraft werden, im Rückfalle mit Zuchthaus. Für die Anzeige von Geheimschlächtereien usw. setzt das Kreisamt fortan eine Belohnung von 50 Mk. in jedem Falle aus.

** **Bad-Nauheim,** 9. Juli. Ein Sonderkonzert der Kurkapelle findet Donnerstag den 11. Juli statt. Mitwirkende: Jan Gesterkamp-Hamburg (Violine) und Raoul v. Koczalski (Klavier).

△ **Aus der Wetterau,** 9. Juli. In der vorigen Woche hat auf den größeren Gütern der Ausdrusch der Wintergerste begonnen. Sie liefert einen sehr guten Ertrag.

Starkenburg und Rheinhessen.

k. **Erbenheim,** 8. Juli. Hier wurde mit der Frühkartoffelernte begonnen. Infolge der Trockenheit fällt dieselbe in manchen Lagen wenig befriedigend aus.

k. **Aus dem Rhein-Maingebiet,** 8. Juli. Die Gurkenernte verspricht einen geringen Ertrag. Auch die Bohnen haben durch die Ungunst der Witterung sehr gelitten.

Kreis Wetzlar.

= **Wetzlar,** 8. Juli. Der Vorstand des hiesigen Kgl. Staatsarchivs, Archivrat Dr. Richter, ist zum Direktor des Staatsarchivs in Schleswig ernannt worden.

Hessen-Nassau.

mr. **Frankfurt a. M.,** 9. Juli. Was schon lange befürchtet wurde, ist nunmehr eingetreten. Frankfurt hat keine Kartoffeln mehr. Das Lebensmittelamt tröstet mit der baldigen Ernte der Frühkartoffeln, die ihm aus Holland „versprochen" seien. Bemerkenswert ist, daß man in Unterfranken an die Einwohner Kartoffeln zentnerweise losschlägt, nur damit sie nicht vollkommen verderben.

|| **Marburg,** 10. Juli. In den hessischen und Hinterländer Dörfern treiben in der letzten Zeit wahrsagende Zigeunerfrauen ihr Unwesen. Sie finden sich in der Regel bei allein zu Hause weilenden Frauen ein, schwindeln diesen alles mögliche vor und halten dabei auch Umschau. Mehrfach haben sie bei der Gelegenheit gestohlen oder in den folgenden Nächten gab es unangemeldeten Besuch. — In der Burgwaldsgegend wurden in den letzten Tagen mehrere Wildschweine, die dort vielfach Schaden anrichten, zur Strecke gebracht.

th **Von der Nahe,** 9. Juli. Noch immer sind die Folgen des schweren Januar-Hochwassers nicht überwunden. Große Flächen Ackerland, Wiesen und Felder sind weithin mit Geröll, Gesteinen und Sand überdeckt, und wenn die Landwirte auch hunderte von Wagen voll abgefahren haben, so ist doch noch viel vorhanden. Riesige Findlingsblöcke finden sich oft mitten auf Wiesen. Diese können überhaupt nicht entfernt werden. Große Strecken Uferbau und Mauerwerk sind unterspült oder mitgerissen. — Bei Hochstetten unweit Kirn wird soeben die große Schnellzugslokomotive, die bei dem Dammrutsch im Januar in die Nahe stürzte, gehoben. Bei dieser Gelegenheit fand man noch vier Leichen von Militärpersonen, die bei dem Unglück in der Nahe ertrunken sind.

Hochschulnachrichten.

** **Bonn,** 8. Juli. In der Aula der Universität fand vorgestern im Beisein des Oberpräsidenten und des Landeshauptmanns der Rheinprovinz, der Regierungspräsidenten von Aachen, Düsseldorf und Köln, zahlreicher Vertreter von Verwaltungen und Körperschaften Rheinlands und Westfalens, vieler Einzelpersonen aus allen Kreisen der Industrie und des Handels sowie der Dozenten der Universität die erste Hauptversammlung der vor Jahresfrist gegründeten Gesellschaft von Freunden und Förderern der Universität Bonn statt. Der Vorsitzende, Geheimrat Duisberg (Leverkusen) teilte u. a. mit, daß der Kaiser das Protektorat der Gesellschaft übernommen hat. Nachdem der Vertreter des Kultusministers, Geheimrat Becker (Berlin), die Versammlung begrüßt hatte, gab der Vorsitzende bekannt, daß der Gesellschaft bis jetzt 665 Mitglieder angehören und über 2 300 000 Mark eingegangen sind. Die Deutsche Ammoniak-Verkaufsvereinigung ist mit 500 000 Mark der Gesellschaft beigetreten. Im Anschluß an die Hauptversammlung fanden wissenschaftliche Vorträge statt.

Hessischer Landtag.

Zweite Kammer.

63. Sitzung vom 9. Juli 1918.

Der Präsident eröffnet um 10.15 Uhr die Sitzung. Das Haus ist gut besetzt, auch ebenso die Tribüne. Am Regierungstisch sind die drei Minister anwesend.

Präsident Köhler begrüßt die Abg. in herzlicher Weise und gab sodann die Namen der neugewählten Abg., Gemeinderechner Bickel-Affolterbach (Wald-Michelbach), Generalsekretär Hofmann-Lorsch (Lampertheim), Gutsbesitzer Dr. Oehlinger (Gernsheim-Pfungstadt), Bürgermeister Diehl-Hochweisel (Bad-Nauheim-Butzbach), Parteisekretär Neumann-Offenbach (Vilbel), Prof. Dr. Werner-Butzbach (Grünberg) und Lehrer Schorn-Mainz (Gonsenheim-Nieder-Olm) bekannt. Der Wahlprüfungsausschuß hat die Wahlen geprüft und für gültig befunden. Der Präsident nimmt die Vereidigung der neu eintretenden Mitglieder vor.

Hierauf wird als landständisches Mitglied der Großh. Staatsschuldenverwaltung Abg. Dr. Osann, als dessen Stellvertreter Abg. Brauer bestellt. In den ersten Ausschuß (Finanzausschuß) wird Abg. Stoepler, in den Erweiterten ersten Ausschuß (Kriegsausschuß) Abg. Soherr, in den Vierten Ausschuß (Petitionsausschuß) Abg. Singer gewählt.

Das Haus tritt sofort in die Beratung der Regierungsvorlage, Kriegsmaßnahmen für Beamte usw. und der dazu eingegangenen Anträge und Vorstellungen ein.

Abg. Dr. Osann als Redner für die Nationalliberale Fraktion vertritt den einhellig gefaßten Beschluß des Ausschusses. Seit dem 1. April sind die Preise für die wesentlichsten Bedürfnisse des Lebens (Wohnung, Nahrung und Kleidung) sprunghaft in die Höhe gegangen. Deshalb war über die Notwendigkeit der Bewilligungen kein Zweifel, und es handelte sich nur um den Umfang der Bewilligungen. Die Vorlage komme in den meisten Fällen auf die in Preußen gewährten Sätze hinaus, nur erschien es für Hessen nicht richtig, einen Unterschied zwischen städtischen und ländlichen Beamten aufzustellen, denn die Beamten auf dem Lande seien oft, insbesondere auch durch das Teurerwerden der Kindererziehung, in schwererer Lage als die in den Städten. Zu bedauern sei, daß nicht eine Einheitlichkeit in der Erhöhung für staatliche und städtische Beamte herbeigeführt werden könne. Die Teuerungszulage ist ansehnlich. Man dürfe die finanziellen Verhältnisse des Staates und die Rücksicht auf die Steuerzahler nicht außer acht lassen. Es stehen sich nicht nur Kriegsgewinnler und Beamtenschaft gegenüber, sondern weite Kreise des erwerbstätigen Volkes im kleineren Handwerk und der mittleren Kaufmannschaft leiden schwere Not durch die Kriegsverhältnisse. Die Beamtenschaft lebt immerhin in gesicherten Verhältnissen, auch die Beamten, die aus dem Feld zurückkommen, kommen wieder in gesicherte Stellungen. Im Mittelstand aber ist durch die Länge des Krieges und die Einberufung oft die ganze Existenz vernichtet. Lebhaft begrüßt wird von seiner Partei die Erhöhung der Kinderzulagen. Prinzipiell müßten alle künftigen Besoldungsordnungen Rücksicht nehmen auf den Familienstand. Man müsse auch voraussehen, daß diese grundsätzlichen Gedanken nicht allein bei den Besoldungsordnungen für die Beamten, sondern überhaupt bei jedem Verhältnis der Vergütung zwischen Arbeitgeber und Arbeiter in weitestem Sinne späterhin maßgebend sein würden. Einen verhältnismäßig großen Fortschritt haben die Pensionäre der Vorlage gewonnen. Früher nur Bewilligung im Einzelfall, beim Nachweis des Bedürfnisses, jetzt aber allgemeine Bewilligung, wenn auch selbstverständlich in geminderten Sätzen der Beamtenschaft gegenüber. Spätere Besoldungsordnungen müssen in analoger Weise eine Erhöhung des Pensionsgesetze zur Folge haben. Das Verhältnis der Beamten zu dem Staat wird nicht etwa mit dem Ausscheiden aus dem Staatsdienst aufgehoben, sondern ist ein für Lebzeiten abgeschlossenes. Eingehend wandte sich dann Dr. Osann den finanziellen Erfordernissen zu: Die Erhöhung der Beamten-Bezüge im Jahre 1912 und 1913 habe über 2 Millionen erfordert, die endgültige Erhöhung der Beamtengehälter nach dem Gesetz vom 21. März 1914 ein Mehr von jährlich 3 310 000 Mk. notwendig gemacht. Alles in allem verlangt die jetzige Kriegsteuerungsbeihilfe über 10 Millionen, von welchen 4 Millionen in den Hauptvoranschlag bereits auf Grund des früheren Gesetzes aufgenommen worden sind.

Damit ergeben sich für jeden Verantwortlichen Grenzen, zumal bei der Ungewißheit der künftigen Gestaltung der Staatseinnahmen. Für die nationalliberale Partei ist es maßgebend gewesen, daß im Interesse der Harmonie der Regierung mit ihrer Beamtenschaft die Regierungsvorlage nur in den Punkten verbessert werde, in welchen wirklich Beeinträchtigungen vorgelegen hätten. Der einheitliche Beschluß des Finanzausschusses hat zum Ausdruck gebracht, daß man sich auf einer mittleren Linie habe bewegen wollen, und diese Einmütigkeit möge auch in dem Hause Beifall und in der Beamtenschaft volle Anerkennung finden. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Brauer (Bbd.): Wir haben der Vorlage zugestimmt, erklären aber schon jetzt, daß wir künftigen Beamtenforderungen gegenüber im Interesse der Allgemeinheit sehr vorsichtig sein werden. Als Vorzug betrachten wir es, daß die Beamten in Stadt und Land gleichgestellt sind. Gegenüber falschen Behauptungen in der Presse, daß der Bauernbund der Teuerungsvorlage Schwierigkeiten bereitet habe, stelle er fest, daß die Verbesserung der Regierungsvorlage in bezug auf die Beamten im Militärdienst vom Bauernbund ausgegangen ist. Wenn die Städte jetzt so freigebig mit Teuerungszulagen sind, so ist zu befürchten, daß sie später, wenn es an die Zinsendeckung herangeht, an den Staat mit Unterstützungsgesuchen herantreten. (Ironische Zurufe von den Sozialdemokraten.) Es ist zu wünschen, daß der Wettbewerb zwischen Staat und Stadt in Zukunft unterbleibt. Es muß in Zukunft vorher eine Verständigung erzielt werden. Den Städten muß die bessere Bezahlung ihrer Lehrer verboten werden. Der Redner bespricht sodann die finanzielle Lage des Staates und kommt zu dem Schluß, daß die Beamten gewarnt werden müßten, an die jetzige Bewilligung Hoffnungen zu knüpfen, die mit einer gesunden Finanzpolitik nicht vereinbarlich sind. Die Gleichmacherei mit Preußen und dem Reich ist unberechtigt. (Zuruf des Abg. Adelung: Und Ihre Gleichmacherei zwischen Stadt und Land!)

Abg. Henrich (Fortschr. Volksp.): Der Beamte weiß auch, daß er Opfer zu bringen hat, er fordert nur mit Recht, daß er nicht dauernd hinter anderen Bevölkerungsschichten kulturell zurückgeworfen wird. Als Maßstab für die Höhe der Zulagen habe man nur die Leistungen anderer Staaten, namentlich Preußen. Die preußischen Sätze seien wohl in einzelnen Fällen, aber nicht in ihrer Gesamtwirkung erreicht. Die Familien der zum Heeresdienst eingezogenen Beamten dürfen nicht schlechter gestellt werden, als andere. Der Redner hätte es lieber gesehen, wenn nach dem Vorbild der hessischen Städte die Familienzulagen um je 100 Mark erhöht worden wären. Die vom Ausschuß vorgeschlagene Erhöhung der Kinderzulage um 50 Mark ist wohl sozial schöner, aber auch billiger. Der Redner hat sich schließlich dem Kompromiß gefügt, um dieses nicht zu gefährden. Die Freude an der Einstimmigkeit wäre größer gewesen, wenn nach seinem Vorschlag etwas mehr für die Pensionäre getan worden wäre. Die Vorlage bedeutet zweifellos einen großen Fortschritt gegen bisher, man hätte aber den geringen Satz von 50 Prozent der Beamtenzulage erhöhen können. Der moralische Anspruch der Pensionäre an den Staat ist unbestreitbar. Gewiß sind die aufgewendeten Summen groß, und sie bedeuten bis zu einem gewissen Grad eine Bindung für die Zukunft. Aber gegenüber einer Verteuerung aller Lebensbedürfnisse um 100 Prozent und mehr bleiben Teuerungszulagen von 20, 40 und 60 Prozent des Gehaltes immer noch unzureichend. Gewiß muß der Staat auch für andere notleidende Stände, namentlich für den Gewerbestand, sorgen, aber das hat nichts mit der Verpflichtung des Staates als Arbeitgeber gegenüber seinen Beamten zu tun. Redner ging zum Schlusse auf die Beamtenfragen im allgemeinen ein und empfahl das Zusammenarbeiten der Regierung mit den Beamtenorganisationen; das werde beiden Teilen nützen, wie er selbst erfahren habe. Redner stimmt den Ausschußbeschlüssen zu und lehnt mit Rücksicht auf das Kompromiß weitergehende Forderungen trotz ihrer Berechtigung ab.

Mit Rücksicht auf den Zusammentritt des Aeltestenrates schließt Präsident Köhler nach 12 Uhr die Sitzung. Morgen 9¼ Uhr Fortsetzung der Aussprache über die Teuerungsbeihilfen.

Abg. Dr. Münch (Natl.) teilt mit, daß die Vorführung der Kriegsfilms, zu der er die Kammer für Mittwoch vormittag in das Realgymnasium eingeladen habe, leider verschoben werden müsse, da die von Berlin in Aussicht gestellten Vorführer wegen zahlreicher Erkrankungen nicht entsandt werden konnten.

Heute nachmittag tritt der Kriegsausschuß zusammen. Da die Beratungsgegenstände schon in den nächsten Tagen im Plenum verhandelt werden, so erübrigt sich eine Berichterstattung.

Vermischtes.

* **Berlin,** 9. Juli. (Pr.-Tel.) Die „Vossische Zeitung" meldet aus Steglitz: Gestern nacht ist die erste Gattin des Dichters Richard Dehmel, die Dichterin Paula Dehmel, an einer besonders heftigen Grippe in Steglitz im Alter von 56 Jahren gestorben.

Letzte Nachrichten.

Der neueste Bericht der Heeresleitung.

(WTB.) **Großes Hauptquartier,** 10. Juli (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Im Kemmelgebiet, an der Lys und Somme setzte die Gefechtstätigkeit in den Abendstunden auf. Nächtliche Erkundungsvorstöße des Feindes.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Der Franzose setzte seine heftigen Teilangriffe fort. Südwestlich von Noyon und südlich der Aisne stieß er mehrfach mit starken Kräften vor und setzte sich in den Gehöften von Orte und Des Loges, westlich von Autheuil, sowie in alten französischen Gräben von Longpont fest. In den anschließenden Abschnitten wurde er durch Feuer abgewiesen. Bei örtlichem, erfolgreichem Vorstoß westlich von Château-Thierry machten wir Gefangene. Rege Erkundungstätigkeit des Feindes beiderseits von Reims.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Im Sundgau brachten Stoßtrupps aus französischen Gräben nördlich von Largitzen Gefangene zurück.

Der Erste Generalquartiermeister
Ludendorff.

* * *

Pressestimmen zu Kühlmanns Rücktritt.

Berlin, 10. Juli. Das „Berliner Tageblatt" und andere Blätter wollen wissen, daß Graf Hertling in einem Telegramm aus dem Großen Hauptquartier dem Vizekanzler von Payer von der Absicht, Admiral von Hintze an die Spitze des Auswärtigen Amtes zu stellen, Mitteilung gemacht habe mit der Bemerkung, sein (Hertling) Verbleiben im Reichskanzleramt biete volle Sicherheit für die Beibehaltung des jetzigen Regierungskurses, und nach einer Rücksprache mit Herrn von Hintze habe er die Ueberzeugung gewonnen, daß auch dieser die bisherige Politik vertreten werde.

Die „Germania" schreibt: Es ist klar, daß das Ausschlaggebende für die auswärtige Politik das Verbleiben des gegenwärtigen Kanzlers ist, und niemand wird dem Grafen Hertling unterstellen wollen, daß er jetzt eine neue, entgegengesetzte Richtung einschlagen wird.

Die „Morgenpost" schreibt: Wenn Herr von Hintze sich mit der Mehrheit des Reichstags einigen kann, so soll er uns willkommen sein.

In der „Kreuzzeitung" sagt Professor Hötzsch: In Herrn von Hintze tritt ein Mann an die Spitze des Auswärtigen Amtes, der nicht aus dem englisch orientierten Kreise der deutschen Staatsmänner Bethmannscher Observanz kommt, und der neben auch sonst ungewöhnlich großer Kenntnis des Auslandes Rußland aus eigener, sehr erfolgreicher Tätigkeit im Lande selbst kennt.

Der „Vorwärts" schreibt: Ein Reichskanzler, der gegenüber dem alldeutschen Geschrei noch selbständiger Ueberlegung fähig ist, muß sich sagen, daß die Entlassung Kühlmanns unter den gegenwärtigen Umständen nach außen und innen geradezu verwüstend wirken muß.

Köln, 10. Juli. Die „Köln. Ztg." schreibt: „Mit Kühlmanns Rücktritt ist eine Lage geklärt worden, die nachgerade unverständlich und unerträglich geworden war. Die Rede des Staatssekretärs vom 24. Juni legte sich auf die Stimmung wie ein nasses Tuch, und die Wirkung erwies deutlich genug, daß Kühlmann das erlösende Wort, das die Stunde erheischte, nicht gefunden hatte. Schlimmer indes war, daß er gesprochen hatte, ohne sich zuvor mit der obersten politischen wie militärischen Leitung ins Einvernehmen gesetzt zu haben. Der Kanzler sah sich am folgenden Tage genötigt, mit einer Erläuterung zu der Rede einzugreifen, und aus dem Großen Hauptquartier kam ein Echo, das nicht auf den Thamadenton gestimmt war. So wenig erbaulich nun auch die Rede an sich sein mußte, so hätte man sich schließlich doch noch mit ihr abgefunden, wenn sie nur der Ausdruck einer einheitlichen, in sich geschlossenen Politik der leitenden Kreise gewesen wäre. Das war sie aber nicht, wie sich ja am nächsten Tage kläglich genug von zwei Seiten her zeigte. Diese Enthüllung einer heillosen Zerfahrenheit der Anschauungen mußte verwirrend wirken, denn was wir in diesen Zeiten vor allem brauchen, ist Geschlossenheit, ist Einheit des Wollens und Handelns und Redens aller dazu Berufenen, nicht aber Politik auf eigne Faust, bei der die Rechte nicht weiß, was die Linke tut, besonders nicht in einem Augenblick, da die Umwelt begierig ist auf das Wort, das vom Regierungstische fallen sollte."

Amtlicher Teil.

Bekanntmachung

Es wird hierdurch verboten, Nutz- und Zuchtvieh zusammen mit Schlachtvieh nach unseren Sammelstellen zu verladen. Alles Vieh, das zu den Abnahmetagen nach unseren Sammelstellen verladen wird, wird künftig als Schlachtvieh abgenommen, mit Ausnahme der Tiere, die zur Besichtigung zwecks Ausfuhr unseren Vertrauensleuten vorgeführt werden.

Händler, die gegen dieses Verbot verstoßen, werden mit Einziehung der Ausweiskarte bestraft.

Gießen, den 9. Juli 1918. 5177c

Oberhessischer Viehhandelsverband.

Der Vorsitzende:
Rosenberg.

Hunde an die Front!

Bei den ungeheuren Kämpfen an der Westfront haben die Hunde durch stärkstes Trommelfeuer die Meldungen aus vorderster Linie in die rückwärtige Stellung gebracht. Hunderten unserer Soldaten ist durch Abnahme des Meldeganges durch die Meldehunde das Leben erhalten worden. Militärisch wichtige Meldungen sind durch die Hunde rechtzeitig an die richtige Stelle gelangt.

Obwohl der Nutzen der Meldehunde im ganzen Lande bekannt ist, gibt es noch immer Besitzer von kriegsbrauchbaren Hunden, welche sich nicht entschließen können, ihr Tier der Armee und dem Vaterlande zu leihen!

Es eignen sich der deutsche Schäferhund, Dobermann, Airedale-Terrier und Rottweiler, auch Kreuzungen aus diesen Rassen, die schnell, gesund, mindestens 1 Jahr alt und von über 50 cm Schulterhöhe sind, ferner Leonberger, Neufundländer, Bernhardiner und Doggen. Die Hunde werden von Fachdresseuren in Hundeschulen ausgebildet und im Erlebensfalle nach dem Kriege an ihre Besitzer zurückgegeben. Sie erhalten die denkbar sorgsamste Pflege. Sie müssen kostenlos zur Verfügung gestellt werden.

An alle Besitzer der vorgenannten Hunderassen ergeht daher nochmals die dringende Bitte: Stellt Eure Hunde in den Dienst des Vaterlandes!

Die Anmeldungen für die Kriegs-Hunde-Schule und Meldehundschulen sind zu richten an die Inspektion der Nachrichtentruppen, Berlin-Halensee, Kurfürstendamm 152, Abt. Meldehunde. [5181hv

Zucker-Ausgabe.

Der bei den Kleinhändlern der Stadt Gießen bestellte Zucker für Juli 1918 kann von Donnerstag den 11. d. Mts. ab gegen Vorlage des Bestellausweises zur Zuckerkarte und Ablieferung der Zuckermarke Nr. 7 in Empfang genommen werden. Einzelne abgetrennte Zuckermarken ohne den Bestellausweis sind ungültig und berechtigen nicht zum Empfang von Zucker.

Außerdem gelangt eine nochmalige Sonderzulage von Zucker für die häusliche Obstverwertung, sowie eine Sonderzulage für die Kürzung der Mehlration zur Ausgabe.

Es entfallen auf die Zuckermarke 7 (Juli 1918)

5 Pfund Zucker.

Mit dem 31. Juli 1918 verliert die Zuckermarke 7 ihre Gültigkeit. Wer bis zu diesem Zeitpunkt den Zucker nicht abgeholt hat, hat keinen Anspruch mehr darauf.

Die Kleinhandelsgeschäfte haben die vereinnahmten Zuckermarken 7 (Juli 1918) zu sammeln und zu je 100 gebündelt bis längstens 3. August 1918 an das Städtische Lebensmittelamt unter Beifügung einer schriftlichen Mitteilung über die Anzahl der abgelieferten Marken einzusenden; die nicht abgeholten oder mehr überwiesenen Zuckermengen sind nach vorgeschriebenem Muster dem Städt. Lebensmittelamt zu melden.

Nichteinhaltung dieser Frist, sowie unrichtige Angaben über den Zuckerbestand und Unregelmäßigkeiten bei der Abgabe des Zuckers haben den Ausschluß von der Zuckerverteilung zur Folge.

Gleichzeitig mache ich darauf aufmerksam, daß mit einer späteren Obstzuckerzulage nicht mehr zu rechnen ist; jeder hebe daher diese Zuckermengen für die Einmachzeit auf.

Der Kleinverkaufshöchstpreis für das Pfund Zucker beträgt:

1) Kristallzucker und gemahlenen Zucker		
a) nicht raffiniert (Konsumzucker)	42	Pfennig
b) raffiniert	44	„
2) Hutzucker, Plattenzucker		
a) im ganzen Hut oder Platten	42	„
b) lose gewogen	44	„
3. Würfelzucker	46	„
4. Kandiszucker	56	„

Gießen, den 9. Juli 1918. 5173B

Der Oberbürgermeister (Lebensmittelamt).

Wiesen-Verpachtung.

Die Domanialwiese, Gemarkung Gießen, Auf der Hohleiche, Flur 38 Nr. 347 = 3,1482 ha, hinter dem Schlachthof, dem Güterbahnhof gegenüber an der Lahn gelegen, wird Donnerstag den 18. d. M., nachm. 5 Uhr, in 9 Losen auf weitere 9 Jahre an Ort und Stelle verpachtet. Zusammenkunft ½ Stunde vorher am Schlachthof.

Gießen, den 10. Juli 1918.

Großh. Oberförsterei Gießen.
Koehler. 5159D

Bekanntmachung

In der außerordentlichen Generalversammlung des Spar- und Vorschuß-Vereins I E. G. m. u. H. zu Beuern vom 21. Mai 1918, wurde die Annahme der beschränkten Haftpflicht beschlossen. Die Gläubiger, welche der Umwandlung widersprechen, werden aufgefordert, sich bei der Genossenschaft zu melden. 5161

Beuern, den 8. Juli 1918.

Spar- und Vorschuß-Verein I E. G. m. u. H.
Lindenstruth, Direktor. K. Walther, Rechner.

Grünberger Pferdeversicherungsverein zu Grünberg.

Die Besichtigungen der Pferde finden statt:

In Reiskirchen: Freitag, 12. Juli, mittags 11½ Uhr,
In Großen-Buseck: an demselben Tage, nachmittags 1½ Uhr,
In Garbenteich: Montag, 15. Juli, nachmittags 1½ Uhr.

Grünberg, den 8. Juli 1918.
5157D Schäfer, Direktor.

Dalli-Glühstoff

zum Plätten und Bügeln 3885hv
mit jedem Glühstoff- und Kohleneisen
ist in der altbewährten Friedensqualität in allen besseren Eisenwaren- und Drogengeschäften **wieder zu haben.**
Deutsche Glühstoff-Gesellschaft Dresden.

Giessen **Juxplatz an der Lahn** **Giessen**

Zirkus Kuhlen

Rheinlands schönstes u. leistungsfähigstes Unternehmen
Donnerstag, 11. Juli 1918, abends 8 Uhr:
Grosse Eröffnungs-Vorstellung!
Freitag, 12. Juli und Samstag, 13. Juli, abends 8 Uhr
Sonntag, 14. Juli zwei große Vorstellungen nachmittags 4 Uhr extra für Familien und Kinder zu ermäßigten Preisen, abends 8 Uhr große Sport-Vorstellung
Montag, 15. Juli, abends 8 Uhr, Gala-Vorstellung
Stets ein erstklassiges Großstadtprogramm
Alles Nähere durch die Plakate. Preise der Plätze: Sperrsitz 2 M., 1. Platz 1.50 M., 2. Platz 1 M., Gallerie 60 Pf.

Café Amend

Heute Mittwoch, 8 Uhr:

Familien-Konzert

Todes-Anzeige.

Heute morgen um 7 Uhr entschlief sanft nach längerem, schwerem Leiden meine liebe Frau, unsere liebe, gute, treusorgende Mutter, Tochter, Schwester und Schwägerin

Maria Wenzel geb. Kolmer

im 39. Lebensjahre.

Im Namen der trauernden Angehörigen:
Georg Wenzel, Zugführer.

Lützellinden, Weidenhausen, den 9. Juli 1918.

Die Beerdigung findet Donnerstag den 11. Juli, nachmittags 2 Uhr, in Lützellinden statt. 03283

Todes-Anzeige.

Nach 3½ jähriger treuer Pflichterfüllung starb am 3. Juli infolge einer sich im Felde zugezogenen Krankheit, im Vereinslazarett zu Miesbach in Oberbayern unser heißgeliebter und hoffnungsvoller ältester Sohn und Bruder

Krankenträger Emil Gernand

Die Beerdigung erfolgte daselbst mit allen militärischen Ehrungen am 6. Juli 1918.

In tiefer Trauer:
Familie Emil Gernand.

Gießen (Seltersweg 80), den 10. Juli 1918.

Eberversteigerung.

Freitag den 12. Juli ds. Js., nachmittags 4 Uhr, soll im Schulsaal dahier, ein der Gemeinde Annerod gehöriger Eber wegen Inzucht versteigert werden. Bemerkt wird, daß sich der Eber für eine andere Gemeinde noch sehr gut als Zuchteber eignet.

Annerod, am 7. Juli 1918. 5178

Großh. Bürgermeisterei Annerod.
Horn.

Handelsschule

v. **G. Hermes, Giessen,**
Bahnhofstr. 60. Tel. 1097.
Gegr. 1909. Geschl. durchgef.
Halbjahres- u. Jahresklassen d. geprüfte Handelslehrer.
Beginn des nächsten **Halbjahreskursus Anfang Juli.**
Aufnahme täglich bis 22. Juli noch möglich.
Privat-Unterricht in a. **Handelsfächern.**
Buchführung, Stenographie, Maschinenschreiben, Schönschreiben, Fremd-Sprachen usw.
Nachmittags- u. Abendkurse. Prospekte frei.
Persönl. Rückspr. d. Richtigste. Anmeldungen täglich.

Vermietungen

Pension Brandt
(Bellevue), Neuen Bäue 22.
Gut möblierte Zimmer mit Verpflegung. Bad. Telephon 1085. Mittag- u. Abendtisch.

6-Zimmer-Wohnung
(es werden auch 3 Zimmer f. Bureauzwecke abgegeben) zu vermieten 5049
Bahnhofstraße 45.

Verschiedene

Eine kleine, neu hergerichtete **Wohnung** an ruhige Leute sofort zu verm.
03225 **Neuenweg 10, I.**

Möbl. Zimmer

Möbl. Zimmer
an ruhigen Herrn zu verm.
Bahnhofstraße 59 I.

Läden u. dgl.

Laden mit Wohnung zu verm. **Frankf. Straße 62, p.**

Mietgesuche

Leeres Zimmer
zum Einstellen von Möbeln gesucht. Angebote unter 03267 an den Gießener Anzeiger.

Hofreite
zu mieten oder zu kaufen gesucht. Näheres i. d. Geschäftsstelle des Gieß. Anz. 03258

Wir suchen zu möglichst baldigem Eintritt einen tüchtigen, zuverlässigen

Maschinisten

für unsere Dampfmaschinenanlage.

Angebote, auch von Kriegsbeschädigten, mit Ang. der Lohnanspr., Militärverhältnisse, Einf. v. Zeugnisabschr. usw. zu richten an 5179

Heyligenstaedt & Comp.
Werkzeugmaschinenfabrik und Eisengießerei
(Aktien-Gesellschaft), Gießen.

Wickelmacher
sucht 5169
V. Flesser,
Zigarrenfabrik,
Kaiser-Allee 23.

Hausbursche (auch Schüler) für leichte Beschäftigung ges.
03241 **Schulstraße 6.**

Heizer
für 1. August sucht 5099B
Univ.-Augenklinik.

Tüchtiger, ordentlicher
Fuhrmann
für sofort gesucht. 5139
Betonbaugesellschaft
Marburger Str. 14.

Jung. Hausbursche
gesucht. 5148
August Kilbinger,
Seltersweg 79.

Apothekerbursche
gesucht 5123B
Medizinische Klinik.

Tüchtige Waschfrau
gesucht 5162
Hotel Schütz.

Saubere Putzfrau
suchen für den Laden
Brüder Schmidt,
Seltersweg 83.

Modes.
Tüchtige **Zuarbeiterin** und ein **Lehrmädchen** sucht
03203 **Fr. Siever.**

Tüchtiges Hausmädchen
das auch mit Kindern umzugehen versteht zum baldigen Eintritt gesucht
5104 Ludwigsplatz 1.

Dienstmädchen
sofort gesucht 5118B
Chirurgische Klinik.

Ein ordentliches fleißiges Dienstmädchen gesucht
5122 **Schanzenstraße 6.**

Hausmädchen
sofort gesucht. 5080D
Städtisches Krankenhaus Bockenheim,
Ginnheimer Landstraße 42.

In kleinem, besserem Privathause **erfahrenes, zuverlässiges Mädchen** gesucht, das auch eine für den Haushalt gehaltene Kuh melken muß. Füttern und Pflegen der Kuh wird durch den Kutscher besorgt. Die Stelle wurde bisher von einer Verwandten bekleidet. Eintritt baldigst erwünscht. Schriftl. Ang. u. 5141 a. d. Gieß. Anz.

Jüngeres **Mädchen** für **vormittags** gesucht.
03279 **Henselstraße 8, II.**

Mädchen
welches kochen kann, zum 1. August oder später gesucht. Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Gieß. Anz. 5166

Zur Beaufsichtigung eines Kindes 5176
junges Mädchen
für einige Stunden täglich gesucht. **Moltkestraße 25 I.**

Maschinenfabrik in Gießen

sucht für ihr technisches Bureau zum baldigen Eintritt einen tüchtigen, jüngeren

Techniker

für Vorrichtungs- und Werkzeugbau, sowie einige

Zeichner od. techn. Zeichnerinnen

welche flott und sauber nach Angabe zeichnen können.

Bewerbungen, auch von Kriegsbeschädigten, mit selbstgeschriebenem Lebenslauf, Zeugnisabschriften, Angabe der Gehaltsansprüche und des Eintrittstermins usw. unter 5180 an die Geschäftsstelle des Gießener Anzeigers erbeten.

Kommis
flott in Maschinenschreiben und Stenographie, auch kriegsbeschädigt, od. Dame, keine Anfängerin, für bald gesucht. Angeb. unter 5156 an den Gieß. Anz. erbeten.

Mehrere
Dreher
Hilfsdreher
und Schlosser
gesucht.
Göbel & Appel,
Aliceстraße 25. 5175

Bekanntmachung.

Zum sofortigen Antritt werden einige

tücht. Wagenführer und Wagenführerinnen

gesucht. Meldungen mit Lohnansprüchen sind zu richten an die Direktion der Straßenbahn der Stadt Gießen.

Elektrizitätswerke u. Straßenbahn der Stadt Gießen.
Stolte. 5124c

Einige Munitionsarbeiterinnen

sofort gesucht.

O. & J. Gutmann, G. m. b. H.
Frankfurter Straße 114. 5145

Stellengesuche

Lehrstelle
für Sattlerssohn im Fach gesucht. Kost u. Wohnung erwünscht. Schr. Angebote unt. 03253 a. d. Gießener Anzeiger.

Fräulein, einige Jahre bei einer Spedition und Amtlichen Güterbestätterei tätig, sucht wieder ähnl. Posten. Nähe Hungen-Lich. Zuschr. unter 5111 a. d. Gieß. Anz. erb.

Fräulein
erfahren in allen Bureauarbeiten, sucht Stellung in Nähe Gießen-Hungen. Angebote unter 5110 an den Gießener Anzeiger erbeten.

Gebildetes, tücht. Mädchen, 22 J., das auch Liebe zu Kindern hat, wünscht sich auf einem größeren Gute bei vollem Familienanschluß und gegen Taschengeld im Haushalte zu betätigen. Angeb. unter 5163 a. d. Gieß. Anz. erb.

Aelteres Mädchen
sucht Stellung in frauenlosem kleinen Haushalt. Angebote unter 03277 an den Gießener Anzeiger erbeten.

Verkäufe

2,0 deutsche Pinscher
10 Wochen alt, kupiert, pfeffer- u. salzfarbig, Stammbaum, Mutter scharf auf Ungez. und sehr wachsam. 50 Mk. inkl. Verp. 5168
E. Nassenhagen, Schotten (Hess.)

Wolfshund
mit pr. Stammbaum, 2 Jahre alt, scharf und wachsam. Prachtexemplar, für 15 Mk. zu verkaufen. Angeb. unter 5167 an den Gieß. Anz.

Deutschen
Hühnerhund
4jährig, braun, kurzhaarig, kräftig, vorzüglich abgeführt, verkauft 5165
A. Rieckmann
Frankfurt a. M.,
Baumweg 38.

Ein gut erhaltenes
Orchestrion
mit elektr. Antrieb, Schleifring-Anker-Motor, mit 25 der neuesten Stücke, sehr taktvolle Musik, sow. ein gut erh.
Tafelklavier
wegen Neuanschaffung sehr preiswert zu verk. Angeb. unter 5164 an den Gieß. Anz.

Zu verkaufen:
1 fl. **Wring-** und **Waschmaschine, 1 Gasherd, ein Kinderfahrstuhl.** Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Gieß. Anz. 5174

Ein älteres Break
zu verkaufen 03218
Krofdorf Nr. 206.

Möbel-Verkauf.

Kleiderschränke, Sofa, Küchenherd, ovale Ausziehtische, Sekretär, **kleiner Bücherschrank, Piano, Bilder,** Regulator, komplette Betten, Waschtisch mit **Marmor, Trumeau-Spiegel, Kommode, kleiner neuer Badeofen** preiswert **zu verkaufen**

Hans Kratz
03266 Brandgasse 8.

Einen gebrauchten starken Einspänner-Kastenwagen, eine nicht gebrauchte rohe **Wagenachse ohne Büchse,** 44 Pfd. **schwer, eine neue Hinterwagen-Hemmschraube,** 22 Pfd. schwer, und zwei schwere **Jauchefässer** verkauft 03278
Karl Zimmermann, Lollar.

Gutes Fahrrad zu verk.
Schiffenberger Weg 60, p.

Kaufgesuche

Gebr. Kaffeebrenner
und **Kaffeemühle** zu kaufen gesucht. Schriftl. Ang. unt. 5184 a. d. Gießener Anzeiger.

Gut erhaltener Reisekoffer zu kaufen gesucht. Näheres zu erfragen in der Geschäftsstelle des Gieß. Anz. 03280

Lettige
Brauneisenerze
und Manganerze
zu kaufen evtl. in Lohn zu verarbeiten gesucht von Aufbereitungsanstalt mit Läutereinrichtung.
Schriftl. Angeb. unt. 5027D an den Gießen. Anzeig. erbet.

Ankauf
von **Alteisen, Lumpen, Papier, Flaschen.**
Louis Rothenberger,
Teleph. 176. Neuenweg 22.

Gebr. Angelzeug (Fischgeräte) zu kauf. ges. Schr. Ang. m. Preis unter 1095 an den Gießener Anzeiger.

Gebr. Waschtisch
zu kaufen gesucht. Schriftl. Ang. u. 03274 a. d. Gieß. Anz.

Zirka 35—40 Waggon Buchenscheitholz I. Kl.

zur baldigen Lieferung zu kaufen gesucht. 5170
Wilh. Jung I., Holzhandlung, Kl.-Linden, Tel. 402.

Empfehlungen

Einkochapparate
Einkochgläser,
Gummiringe
(für alle Systeme passend)
Glasöffner,
jedes Glas spielend leicht öffnend,
empfehlen 3868
Brüder Schmidt.

Empfehle mein Lager in
Waschbütten, Waschmaschinen und Einmachfässern. 5017
J. Lang, Küfermeister,
Lang-Göns, am Bahnhof.

Brennholz.
Tr. Buchen-, Eichen- und Tannenholz, geschnitten, empfiehlt ab Lager und waggonweise 3772
J. Happel
Holz- und Kohlenhandlung
Mühlstraße 18.

100 Postkarten 2, 3 u. 4 M.
Blumen-, Kopf-, Landsch.-, Kunst-, Liebeskarten usw. 5 M., Prachtsortim. 7,50 M.
P. Wagenknecht Verlag, Leipzig. 5158ss

Einkoch-
Gläser 03282
Apparate
Gummi
allerbilligst
Carl Schunck
Seltersweg 38, Bahnhofstr. 54.

Mir oder Mich?
Vorzügl. Lehrb. d. deutsch. Sprache 2. Rechnen 3. Schönschreiben 4. Rundschrift 5. Stenographie Stolze-Schrey 6. Maschinenschreiben 7. Buchführung (einf., dopp. u. amerik.) 8. Handelskorrespondenz 9. Brief 10. Rechtschreiblehre 11. Fremdwörterbuch 12. Geograph. 13. Richt. Englisch 14. Richtig Französisch 15. Der Gute Ton. 16. vorzügl. Lehrb. je M 1.20 Nachn. d. Bonness & Co., Berlin 24 B.

Mehr Gemüse!
Das Buch für Gartenfreunde, spart Arbeit, erhöht den Ertrag. Gegen Einsendung von ... in Marken. — Samenpreisliste kostenlos —
Adler & Co / Erfurt

Verschiedenes

Kammerjäger P. Arentz,
Gießen, Teufelslustgärtch. 22,
vertilgt unter Garantie und Verschwiegenheit **Ratten, Mäuse, Wanzen, Schwaben,** sowie jedes **Hausungeziefer.** Karte genügt.

Verloren, Montag zwisch. 1 u. 2 Uhr i. d. Klinikstraße **Gummibadomütze.** Abzugeben gegen gute Belohnung beim Pförtner in der Frauenklinik. 03273

Junger Herr
i. Staatsdienst, vermögend, wünscht m. geb. Dame aus nur ersten Kreisen zwecks späterer Heirat kennen zu lernen. Nur ernstgm. Angeb. evtl. m. Bild unt. 03270 a. d. Gieß. Anz. w. berücksichtigt.

N. N. 4729
Brief liegt.

Vereine

Alldeutscher Verband.
Sonntag, 14. Juli, 8½ Uhr, im „Augustiner", Ludwigspl. **Mitgliederhauptversammlung**
1. Jahres- u. Kassenbericht.
2. Wahlen. 5160D